

WOLPERT ERHEBEN KLATSCH FÜR DIE LANDESREGIERUNG VOR DEM LANDESVERFASSUNGSGERICHT

am 9. Oktober 2012
[Klage LSA, Sachsen-Anhalt,](#)
[Verfassungsgericht](#)

Nach der erfolgreichen Klage der Städte Dessau und weiteren Kommunen vor dem Landesverfassungsgericht in Sachsen-Anhalt zeigt sich der Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt seit Wolpert erfreut und fühlt sich in seiner bereits 2008 übernommenen Tätigkeit.

Wolpert: "Das Problem bei den Regelungen im Finanzausgleichgesetz nicht auf einen gerechten Ausgleich der Kommunen bedacht sind. Dessau wurde gegenüber anderen Kommunen benachteiligt, wobei auch deren Finanzausgleich nicht, wie sie sein sollte."

Der Entwurf der Landesregierung von Anfang stark kritisiert

und im Landtag einen alternativen Gesetzesentwurf vorgelegt, der jedoch von den regierenden CDU und SPD damals abgelehnt wurde. Auch der neue Entwurf des Gesetzes wird von den Liberalen sehr kritisch gesehen.

Wolpert abschließend: „Ich wünsche sich Finanzminister Bullerjahn in Zukunft doch lieber auf die Qualität des Ressort und legt in entsprechender Qualität Gesetze vor. Die Parteifreunde mit hoch dotierten Beraterverträgen zu verdrängen. Konstruktiver Opposition im Landtag zurzeit nichts zu sehen - nur das Schalten und walten, wie er will. Gut, dass dem Handeln der Landesregierung nun durch das Landesverfassungsgericht ein Riegel vorgesetzt ist.“